Sie meinten, es sei ein Feuerwerk

Ein Mann erschiesst Schwiegereltern, Schwager, einen Nachbarn und sich selbst

Würenlingen (AG). Ein 36-jähriger Mann aus dem Kanton Schwyz hat am Samstagabend im aargauischen Würenlingen zuerst seine Schwiegereltern und dann seinen Schwager erschossen. Bevor er sich selbst richtete, tötete er einen Nachbarn seiner Schwiegereltern. Die Tat spielte sich um 23 Uhr in einem Einfamilienhausquartier ab, wie die Verantwortlichen der Aargauer Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft gestern in Aarau informierten. Bei der Tat fielen «relativ viele» Schüsse. Sie wurde in einem mittelständischen und gepflegten Wohnquartier im aargauischen Würenlingen begangen – die Polizei spricht dabei von einem Beziehungsdelikt. Würenlingen hat rund 4500 Einwohner und liegt nahe der Grenze zu Deutschland.

Das Motiv der Tat ist noch nicht bekannt. Es sei aber schon bald klar gewesen, dass es sich um ein Beziehungsdelikt handle, sagten der Aargauer Polizeikommandant Michael Leupold, der Aargauer Kripochef Markus Gisin und Oberstaatsanwalt Daniel von Däniken.

Vierter Toter ein Zufallsopfer?

Zuerst erschoss der Täter seinen 58-jährigen Schwiegervater, seine 57-jährige Schwiegermutter und seinen 32-jährigen Schwager. Danach streckte er in unmittelbarer Nähe einen 46-jährigen Nachbarn seiner Schwiegereltern nieder, ehe er sich selber richtete. Ob es sich beim Nach-

barn um ein Zufallsopfer handelte, steht noch nicht fest. Sowohl Opfer wie Täter sind Schweizer. Bei der Tatwaffe handelte es sich um eine Faustfeuerwaffe, die nicht aus Armeebeständen stammte. Der Täter hatte keine Waffenerlaubnis. Auch bei einer kürzlich durchgeführten Hausdurchsuchung am Wohnort des Täters im Kanton Schwyz war keine Waffe gefunden worden.

Ungeordnete Verhältnisse

Der Mann war der Polizei bereits bekannt und fiel erstmals 2007 durch Körperverletzung auf. Die Ehefrau und Kinder lebten vom Täter getrennt. Familie und Täter wurden beide fürsorgerisch untergebracht. Die Hintergründe dieser Unterbringung hat die Polizei noch nicht erläutert. Der Mann ist verheiratet und hat drei Kinder. Die Aargauer Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren wegen mehrfacher Tötung ein. Sie will in den nächsten Tagen weiter über den Fall informieren.

Zunächst sagte Polizeisprecher Bernhard Graser, es handle sich nicht um ein Familiendrama und es gäbe noch andere Verbindungen als verwandtschaftliche. Generell seien Verbrechen nicht «nach einem Schema F» kategorisierbar, dieses Verbrechen sei dennoch aussergewöhnlich, unter anderem wegen der Opferzahl. «Die Tat passt beim ersten Blick gar nicht zu diesem Quartier», sagte Graser weiter. Als Anwohner die Schüsse hörten,



«Nicht nach einem Schema F kategorisierbar». Am Langackerweg in Würenlingen ereignete sich am späten Samstagabend eine Bluttat. Foto Keystone

glaubten sie zuerst an Feuerwerksböller, meldeten sich dann aber gegen 23 Uhr bei der Polizei.

Schliesslich sei die Polizei dann angerückt und habe im Freien sowie in einem Wohnhaus mehrere leblose Personen gefunden. Der eingetroffene Rettungsdienst konnte bei allen Personen nur noch den Tod feststellen.

Die Gemeinde Würenlingen war schon einmal Schauplatz eines Mehrfachmordes. Am 13. Dezember 1985 erschoss der damals 33-jährige Immobilienhändler Alfredo Lardelli im Würenlinger Ortsteil Siggenthal-Station, also nur wenige Hundert Meter vom jetzigen Tatort entfernt, den Ehemann seiner damaligen Geliebten sowie zwei Prostituierte. Für den Dreifachmord wurde Lardelli mit 20 Jahren Gefängnis bestraft.

Familiendramen mit mehreren Opfern gelten als eher seltenes Phänomen. Psychologen bezeichnen sie gelegentlich auch als «erweiterten Selbstmord». SDA/BaZ online

Nachrichten

Personelle Wechsel bei der Bundesanwaltschaft

Bern. In der Bundesanwaltschaft kommt es zu einer grösseren Personalrochade und zu Veränderungen: Bei der nächsten Wahlrunde werden eine handvoll Staatsanwälte nicht mehr wiedergewählt. «Es handelt sich um etwas mehr als zehn Prozent der gewählten Staatsanwälte des Bundes», erklärte Informationschef André Marty. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes macht die Bundesanwaltschaft keine Angaben zu einzelnen Personen. SDA

Schweiz liefert an Saudis keine Waffen mehr

Bern. Die Schweiz liefert vorerst keine Rüstungsgüter mehr an Saudi-Arabien. Zwischen Januar und März hatte die Schweiz noch Kriegsmaterial für 1,216 Millionen Franken nach Saudi-Arabien geliefert. Die Ausfuhren betrafen die Lieferung von Ersatzteilen zu Fliegerabwehrsystemen, die bereits früher an die saudischen Streitkräfte ausgeführt worden seien. Im gesamten letzten Jahr hatte die Schweiz noch Rüstungsgüter im Wert von zwölf Millionen. SDA

SBB: 30 Prozent mehr Reisende bis 2030

Bern. Bis 2030 dürften in der Schweiz laut einer SBB-Prognose 30 Prozent mehr Bahnreisende unterwegs sein. Stärker als auf den Schienen wachsen die Pendlerströme in Bahnhöfen. So rechnen die SBB am Zürcher Hauptbahnhof mit einer Zunahme um 70 Prozent. In Basel beträgt das Wachstum bis zu 50 Prozent, am stärksten fällt es mit bis zu 90 Prozent in der Romandie aus. Grund sind neben dem Bevölkerungswachstum unter anderem auch ausgebaute Shoppingangebote. SDA

Genfer Exekutive bleibt weiterhin links

Genf. In Genf stehen die fünf bisherigen Mitglieder der Stadtregierung vor der Wiederwahl. Der im ersten Wahlgang abgestürzte Rémy Pagani liegt gemäss Zwischenresultaten im zweiten Wahlgang auf dem fünften Platz. In Onex steht MCG-Gründer Eric Stauffer vor der Abwahl. Die Regierung der zweitgrössten Stadt der Schweiz dürfte damit klar linksdominiert bleiben. SDA

Kreditkartenbetrug: Bund führt Pilotverfahren

Zürich. Wegen Diebstahls von Kreditkartendaten im Internet sind in den letzten Jahren 240 Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft (BA) eingegangen. Die sogenannten Phishing-Anzeigen werden wöchentlich mehr. Die BA setzt auf Prävention und Abschreckung. «Ich habe entschieden, dass wir in zwei Pilotfällen umfangreiche Ermittlungen einleiten», sagte Bundesanwalt Michael Lauber der NZZ am Sonntag. SDA

Schlappe für die Luzerner SP

SVP wieder in der Regierung

Luzern. Im Kanton Luzern sind die Linken erstmals seit 56 Jahren und die Frauen erstmals seit 28 Jahren nicht mehr im Regierungsrat vertreten. Die Stimmberechtigten haben im zweiten Wahlgang die beiden restlichen Regierungssitze zwei bürgerlichen Männern zugewiesen. Der parteilose bürgerliche Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, der in den letzten Monaten wegen seiner Amtsführung in die Kritik geraten war, erzielte mit 65 708 Stimmen das beste Resultat. Der 50-Jährige, der in den letzten acht Jahren mehrmals die Steuern gesenkt hatte, wertete dies als Bestätigung seiner Arbeit.

Einen Erfolg feiern konnte auch die SVP, die 2007 ihren Regierungssitz verloren hatte. Ihr Kandidat Paul Winiker kam auf 54500 Stimmen. Für kein Mandat in der Regierung reichte es der Linken. SP-Kantonsrätin Felicitas Zopfi, die den Sitz der zurücktretenden Yvonne Schärli hatte verteidigen sollen, blieb deutlich zurück und kam nur auf 37154 Stimmen. Die 56-jährige Zopfi zeigte sich für sich selbst und ihre Partei schwer enttäuscht. SDA

Die Affäre Markwalder: Die Berner Nationalrätin soll das Amtsgeheimnis verletzt haben Zwölf Jahre Leichtgläubigkeit

Von Dominik Feusi, Bern



Die Affäre um die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder wirft zwei Fragen auf: Wie naiv darf eine Nationalrätin sein? Und wie gutgläubig eine Nationalratspräsidentin?

Die erste Frage beantworten die Berner Wähler am 18. Oktober. Die zweite dann vielleicht die Nationalräte am 30. November.

Markwalder hatte sich von einer Lobbyistin einen Vorstoss aus Kasachstan aufschwatzen lassen und toleriert, dass Hinweise auf Menschenrechte aus dem ersten Entwurf entfernt wurden. Und sie hatte in der Aussenpolitischen Kommission Fragen zu Kasachstan gestellt und die Antworten schriftlich weitergeleitet. Dass Parlamentarier Vorstösse zugesteckt erhalten, ist gang und gäbe. Dass sie Informationen aus Kommissionen weitergeben ebenfalls, obwohl diese Sitzungen eigentlich dem

Amtsgeheimnis unterliegen. Auch Amtskollegen Markwalders, die jetzt mit dem moralischen Zeigefinger auf die Bernerin zeigen, machen das. Oft. Markwalders Fehler war, das schriftlich zu machen und – gemäss ihren Angaben – die Verwendung dieser Informationen nicht mit der Lobbyistin abgesprochen zu haben. Für eine Parlamentarierin mit fast zwölf Jahren Erfahrung ausserordentlich naiv. Lobbying ist –

Das Problem sind nicht die Lobbyisten in der Wandelhalle, sondern jene im Saal.

zumal in einem Milizsystem – legitim und nötig. Die Interessenvertretung rund um das Parlament dient dem gesetzgeberischen Prozess. Dass auch im Parlament nicht direkt vertretene Gruppen so Zugang zu Entscheidungs trägern bekommen, ist wichtig.

Markwalder selber räumt ein, dass sie «naiv» und «gutgläubig» gewesen sei. Leider nicht zum ersten Mal: Ende

Januar wurde bekannt, dass sie eine Organisation präsidiert, die Firmen hilft, Schweizer Stellen nach Deutschland zu verschieben. Auch damals beteuerte sie, von all dem nichts gewusst zu haben. Mehrere Parlamentarier bestätigen, dass sie zu Versicherungsthemen von ihrem Arbeitgeber, der Zurich Versicherung, ausformulierte Anträge in die Kommission einbringe, auf denen noch das Logo der Versicherung prange. Das Problem sind nicht die Lobbyisten in der Wandelhalle. Das Problem sind die Lobbyisten mit Stimmrecht im Nationalrats- oder Ständeratssaal, wie Christa Markwalder. Lässt sich das mit dem Amt als Nationalratspräsidentin vereinbaren?

Einige Parlamentarier sind bekannt dafür, dass sie einfach von einem Vorstoss zu überzeugen sind. Das bringt der Lobbyistin rasch zähl- und verrechenbare Arbeit. Aber die Gefahr ist gross, dass sie nur von kurzfristigem Nutzen sind. Naivlinge wie Markwalder nützen wenig und gefährden viel.

Der Autor arbeitete zehn Jahre als Politikberater und Lobbyist. Er hatte dabei keine geschäftlichen Kontakte mit Christa Markwalder.

ANZEIGE



Wenn Sie Ihre Nachfolge planen und Ihr Vermögen langfristig erhalten möchten. Nehmen Sie sich Zeit für eine umfassende Beratung: LGT Bank (Schweiz) AG, Telefon 061 277 56 00

